

## Beschluss (vorläufig) Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Wir wissen, dass  
2 unser Land auch so stark ist, weil viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu  
3 uns gekommen sind und hier mit anpacken.

4  
5 Gleichzeitig suchen viele Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Der  
6 russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa  
7 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat  
8 Millionen Menschen in Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben.  
9 Menschen fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien  
10 aufgrund von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung. Bund, Länder und  
11 Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den  
12 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.  
13 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen von den  
14 Bürgermeister\*innen bis zu den Sachbearbeiter\*innen - sowie die vielen  
15 Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.

16  
17 Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an  
18 Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die  
19 Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für  
20 einige überfordernd. Integration wird in den Kommunen geleistet. Wir wollen uns  
21 gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Migrationspolitik so zu gestalten,  
22 dass Aufnahme und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der  
23 Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt wird.

24  
25 Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch eine hektische  
26 Migrationsdebatte, gezielte Stimmungsmache oder unrealistische Forderungen haben  
27 dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung und Spaltung  
28 zugenommen haben. Dabei wird "Migration" oft zu Unrecht als einfache Erklärung  
29 für komplizierte gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert. Diese Erzählung  
30 wird von Rechten bewusst verbreitet und trifft besonders dort auf fruchtbaren  
31 Boden, wo Vertrauen in die Regierung verloren gegangen ist oder Angst vor einem  
32 sozialen Abstieg herrscht. Auch bei angespannter Haushaltslage muss der  
33 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verteidigt und die Voraussetzung für  
34 Integration geschaffen werden. Ausgrenzung, Hass und Desinformation stellen wir  
35 uns entgegen. Wir setzen auf Aufklärung, Unterstützung vor Ort, auf die  
36 Bekämpfung von Fluchtursachen und europäische Zusammenarbeit in der Asylpolitik.  
37 Aber für uns ist auch klar, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch auf  
38 Gerechtigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft aufbauen muss.

39 Wir stellen uns den realen Herausforderungen ebenso wie der Angst und den  
40 Zweifeln vieler Menschen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus  
41 anderen Ländern kommen und zweifeln,

42 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben  
43 inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen  
44 für sie hat. Solche Vorurteile werden auch durch die grausamen islamistischen  
45 Terroranschläge Einzelner gezielt verstärkt. Dem Schüren dieser Ängste müssen  
46 wir uns entschlossen entgegenstellen.

47  
48 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in  
49 Maßnahmen, Zahlen und Durchschnittswerten, sondern auch in Gefühlen. Diese  
50 müssen wir anerkennen und beachten, sie dürfen jedoch nicht zu irrationaler  
51 Politik oder Scheinlösungen führen.

52 Allzu oft werden in letzter Zeit politische Erwartungen geweckt, die Politik gar  
53 nicht erfüllen kann. Wir wollen uns dem nicht anschließen, sondern Leid und  
54 Chaos einer Politik der Humanität, Ordnung und einem rechtsstaatlichen Umgang  
55 mit Fluchtmigration entgegensetzen, der verhindert, dass bereits marginalisierte  
56 Gruppen weiter benachteiligt und entrechtet werden. Das Asylrecht kann praktisch  
57 nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische  
58 Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie  
59 umsetzbar und schon deswegen nicht Ziel grüner Politik. Besonders aus deutscher  
60 Sicht ist eine Forderung nach der Abkehr vom individuellen Anspruch auf eine  
61 rechtsstaatliche Prüfung eines Schutzgesuches geschichtsvergessen.

62 Wir sind bereit, über die besten Lösungen zu diskutieren und stellen uns den  
63 schwierigen Fragen. Für Scheinlösungen stehen wir nicht zur Verfügung. Dabei  
64 sind manche Abwägungen nicht einfach zu entscheiden. Forderungen müssen stets  
65 rechtlich umsetzbar sein und tatsächliche Verbesserungen bringen. Wir stellen  
66 uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen nur zu  
67 Lasten der schutzsuchenden Menschen, sondern treten für Humanität ein. In der  
68 Regierung haben wir dafür gekämpft, dass unser Einwanderungsland funktioniert:  
69 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit dem Chancenaufenthaltsrecht  
70 oder dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir hier die Weichen gestellt. Auch  
71 mit dem Spurwechsel, der Ausweitung anwaltlichen Beistands in der Abschiebehaft  
72 oder bei der Finanzierung von Seenotrettung haben wir durch harte Kompromisse  
73 grüne Erfolge errungen, für die wir über Jahre hinweg gekämpft haben.

74  
75 Bei unserem Eintritt in die Regierung haben wir Grundlagen der Visavergabe  
76 vorgefunden, die umständlich, langwierig und ineffizient waren. Das haben wir in  
77 der Regierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir arbeiten mit Digitalisierung  
78 daran, Visaverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten von teilweise weit über  
79 einem Jahr auf nahezu null zu setzen. Das ist uns beispielsweise in Indien  
80 bereits gelungen. Auf diesen Erfolgen wollen und können wir aufbauen und  
81 weiterhin für eine Migrationspolitik eintreten, die einem Einwanderungsland  
82 gerecht wird.

83  
84 Doch in letzter Zeit befinden wir uns angesichts einer aufgeheizten  
85 gesellschaftlichen Debatte in der Defensive. Grüne Ideen zur Asyl- und  
86 Migrationspolitik sind an vielen Stellen noch nicht mehrheitsfähig.

87  
88 Wir haben allen Grund selbstbewusst zu sein. Wir Grüne haben seit unserer  
89 Gründung für die Rechte von Geflüchteten und eine offene  
90 Einwanderungsgesellschaft gekämpft. Wir sind die Partei, die den Perspektiven  
91 von Geflüchteten und den Anliegen von Minderheiten unter den Einwander\*innen

92 eine Stimme gegeben hat. Differenzierte, sachliche Antworten in der  
93 Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn  
94 je. Kompromisse müssen immer im Rahmen der Menschenrechte und der  
95 rechtsstaatlichen Grundsätze geschlossen werden.

96  
97 Die aktuelle Stimmung und Probleme entstanden nicht durch eine grüne Asyl- und  
98 Migrationspolitik - im Gegenteil: Die Innenpolitik in Bund und Land verantworten  
99 bisher nur Minister\*innen aus anderen Parteien. Seit inzwischen vielen Jahren  
100 werden in Europa teils nach immer gleichen Mustern härtere und oft  
101 dysfunktionale Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit schwierigen  
102 Partnern geschlossen und in Abschottungspolitik investiert. Das wurde immer  
103 wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald geordneter zugeht und  
104 Rechtspopulismus an Rückhalt verliert.

105  
106 Für uns ist klar: Abschottung löst keine Probleme. Die Übernahme von  
107 rechtsextremen oder populistischen Positionen löst keine Probleme. Im Gegenteil:  
108 Gerade Rechtsextreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in  
109 Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt die Herausforderungen gut zu  
110 vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die  
111 letzten Wahlen gezeigt. Unser Weg ist ein anderer.

112  
113 Hoffnung geben uns neben den vielen engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen auch,  
114 dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die  
115 Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft  
116 und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir wissen: Aufnahme und Teilhabe  
117 funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille  
118 vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit  
119 konstruktiven und praxisnahen Vorschlägen. Dafür setzen wir uns jetzt und auch  
120 zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein – gerade auch auf  
121 kommunaler Ebene. Vorurteile können auch über Sprache und Begriffe verstärkt  
122 werden. Wir benennen die Dinge klar und verständlich, ohne damit Menschen zu  
123 diskriminieren oder falsche Eindrücke zu verstärken.

124  
125 Vulnerable Personengruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Minderjährige  
126 und LGBTIQ\* müssen besonders geschützt werden. Dazu gehört auch, dass z.B.  
127 Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung endlich  
128 gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang zum Erwerb der deutschen  
129 Staatsbürgerschaft erhalten.

130 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich  
131 funktioniert und Humanität und Ordnung verbindet. Eine, die sich Realitäten wie  
132 überforderten Kommunalverwaltungen stellt, die Menschenrechte als Vorteil  
133 begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

134

## 135 **1. Säule: listen to the science**

136 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole  
137 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf  
138 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel  
139 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten.

140 Wir wollen daher, dass am Kanzleramt, unter Einbeziehung aller relevanten  
141 Ressorts, ein Gremium mit Expert\*innen aus Wissenschaft, Forschung, der  
142 kommunalen Praxis und Betroffenen eingerichtet wird. Das Gremium soll  
143 fortlaufend und vorausschauend beraten. So zeigen wir Antworten und Lösungswege  
144 für politische Prozesse auf. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Was brauchen  
145 Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit  
146 gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit weniger Menschen zu uns fliehen  
147 müssen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen nicht mehr von Schleusern  
148 abhängig sind? Wie können wir die Europäische Verteilung verbessern? Woran hakt  
149 es bei der Arbeitsaufnahme noch? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles  
150 kann auf den Tisch.

151 Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter  
152 zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie  
153 sollten endlich von der Politik gehört werden - ebenso wie die praktischen  
154 Erfahrungen vor Ort. Die Vorschläge des Gremiums sollen im parlamentarischen  
155 Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden,  
156 entscheidet natürlich die Politik. Wir können und sollten unterschiedlicher  
157 Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich  
158 wieder evidenzbasiert sein.

159  
160 Wir wollen einen Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt schließen. Dieser Pakt  
161 soll dafür sorgen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sich zuhören  
162 und verstehen können. Denn auch das ist die Grundlage für gesellschaftlichen  
163 Zusammenhalt. Außerdem müssen Gesetze auf ihre Folgen überprüft werden, damit  
164 sichergestellt ist, dass sie mit Grund- und Europarecht im Einklang stehen,  
165 nicht diskriminieren und die gewollten Ziele erreichen.

## 166 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit** 167 **vorantreiben**

168 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden  
169 Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die  
170 wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen,  
171 ethnischen oder religiösen Gründen. Eine Lehre aus den Jahren vor 2015 ist, dass  
172 Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung nicht nochmal  
173 verdrängen dürfen. Wir gehen gegen fehlende wirtschaftliche Perspektiven und  
174 unwürdige Arbeitsbedingungen vor, die ebenfalls Menschen zum Verlassen ihres  
175 Landes veranlassen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für das deutsche und  
176 europäische Lieferkettengesetz eingesetzt, um Menschenrechts- und  
177 Nachhaltigkeitsstandards in unseren Lieferketten zu verankern. Hinzu kommen die  
178 sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in  
179 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen.

180  
181 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer  
182 Anstrengungen wird diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die  
183 EU sollte die betroffenen Staaten deshalb bei den notwendigen  
184 Anpassungsmaßnahmen unterstützen - gerade weil sie historisch eine besondere  
185 Verantwortung für klimaschädliche Treibhausemissionen tragen. Europa sollte  
186 zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und über internationale

187 Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration,  
188 Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten. Die  
189 internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Klimafinanzierung, und den Fonds  
190 gegen Klimaschäden wollen wir stärken.

191  
192 Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in  
193 Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu haben. Wir wollen  
194 vorher ansetzen. Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu  
195 vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen,  
196 Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchtete in ihren Heimatregionen besser zu  
197 unterstützen. In der EU-Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns dafür ein,  
198 dass Gelder der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele dienen. Die vorgesehene  
199 Begrenzung für Ausgaben im Bereich von Migration soll eingehalten und für  
200 sichere Zugangswege eingesetzt werden. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und  
201 beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer  
202 Migrationspolitik. In den Maßnahmen und Abkommen muss zwischen Fluchtmigration  
203 und Arbeitsmigration unterschieden werden.

204 Deutschland und Europa sind auf Migration in den Arbeitsmarkt angewiesen. Ohne  
205 maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die  
206 Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Freiheit, Demokratie und Wohlstand  
207 sind durch Abschottung in Gefahr. Gleichzeitig wollen wir Fluchtmigration besser  
208 ordnen und steuern, denn das Leid und Chaos durch lebensgefährliche Fluchtrouten  
209 ist nicht hinnehmbar. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und wir wollen  
210 sichere Fluchtwege, damit niemand auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa  
211 kommen muss, um Schutz zu finden.

212 Dazu setzen wir auch auf menschenrechtsorientierte und gerechte  
213 Migrationspartnerschaften. Mit Visaerleichterungen und  
214 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf sichere  
215 Migrationswege und garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr  
216 ihrer Staatsangehörigen. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für  
217 die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen  
218 werden. Sie dürfen nicht von finanzieller Unterstützung der  
219 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Internationale  
220 Zusammenarbeit, wirtschaftliche Vorteile oder Visaerleichterungen dürfen nicht  
221 einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Mehr geregelte  
222 Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration und die dadurch  
223 lebensgefährliche Flucht. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die  
224 zumeist keine Alternative zu den aktuellen Fluchtrouten haben, sondern auch in  
225 unserem Interesse. Wir bauen auf mehr Transparenz der Abkommen für Parlamente  
226 und Öffentlichkeit sowie auf Beteiligung der Zivilgesellschaft.  
227 Migrationspartnerschaften sollen die zwischenstaatliche Mobilität stärken. Dabei  
228 ist uns wichtig, dass auch Frauen endlich gleichberechtigten Zugang zu Mobilität  
229 erhalten, denn aktuell sind sie oft benachteiligt. Der Abschluss von  
230 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss auf Augenhöhe  
231 erfolgen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine  
232 autokratischen Regime stärken.

233  
234 Bei funktionierenden Abkommen wie der Westbalkanregelung haben wir uns  
235 erfolgreich für eine Verstärkung ausgesprochen, aber einige der aktuellen  
236 Vereinbarungen erreichen ihre Ziele nicht oder erzeugen neue Fluchtursachen und

237 Leid. Sie schützen Menschenrechte nicht, umgehen parlamentarische Verfahren,  
238 schaffen Abhängigkeiten von Diktatoren und erzeugen regelmäßig neue  
239 Fluchtursachen. Wenn Geflüchtete von Behörden misshandelt, vergewaltigt oder in  
240 die Wüste getrieben werden, ist das schockierend und muss entschiedene  
241 politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

242  
243 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit  
244 Ländern wie Tunesien oder Libyen ein. Bei Migrationsabkommen dürfen die  
245 Menschenrechte, das Völkerrecht, die Rechtsstaatlichkeit und die Würde von  
246 Geflüchteten nicht auf dem Verhandlungstisch liegen. Das Ergebnis der  
247 zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation  
248 vor Ort verbessern, sowie geordnete Wege in den Arbeitsmarkt und zur  
249 Bildungsmigration schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft  
250 lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und  
251 langfristig reduzieren können.

252  
253 Es sollte beispielsweise eine nachhaltige Vereinbarung mit der Türkei geben. Das  
254 Ziel dieses Abkommens muss sein, die notwendige finanzielle und logistische  
255 Unterstützung für die Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der  
256 Türkei sicherzustellen und die unrechtmäßigen Abschiebungen in die  
257 Herkunftsländer zu unterbinden. Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des  
258 Völkerrechts müssen dabei stets beachtet werden. Im Gegenzug könnte die  
259 geregelte humanitäre Aufnahme über Kontingente in Europa, eine Visa-  
260 Liberalisierung für Kurzzeitvisa und erleichterte Arbeitsmigration analog zur  
261 Westbalkanregelung sein - ohne die Türkei zum sicheren Herkunftsland oder  
262 sicherem Drittstaat zu erklären. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme  
263 im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der  
264 Freiheitsgewinn enorm. Gleichzeitig müsste sich die Türkei verpflichten,  
265 Bedingungen für die Visaliberalisierung zu akzeptieren. Dazu würden Fragen der  
266 Menschenrechtslage in der Türkei zählen, oder auch die sichere Rücknahme von  
267 türkischen Staatsangehörigen, die keinen Schutzstatus haben und nicht die  
268 Voraussetzungen für Arbeits- oder Bildungsmigration erfüllen. Dabei muss  
269 sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz durch solche Abkommen für  
270 politisch Verfolgte und andere Schutzberechtigte einfacher und nicht schwerer  
271 werden soll.

272 Der Kriminalisierung der humanitären Hilfe für schutzsuchende Menschen an Land  
273 und der zivilen Seenotrettung stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen  
274 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen. Deswegen  
275 setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein eindeutiger  
276 Tatbestandsausschluss für alle Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird,  
277 sodass humanitäre Hilfe und Flucht nicht kriminalisiert werden können.

### 278 **3. Säule: Europäische Asylpolitik verbessern**

279 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir zufriedenstellende  
280 Antworten auf Flucht und Migration nach Europa finden. Unser Leitgedanke bleibt,  
281 dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit  
282 stehen muss. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten  
283 werden - sie sind unverhandelbar. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und  
284 unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.

285 Wir setzen uns seit vielen Jahren für funktionierende und menschenwürdige EU-  
286 Asylpolitik ein, bei der alle EU-Staaten einen fairen Beitrag für einen  
287 solidarischen Umgang mit Fluchtmigration leisten müssen.

288 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
289 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,  
290 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
291 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
292 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende  
293 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
294 ablenken. Erneute Haftlager wie Moria an den Grenzen, die die Würde und die  
295 Rechte von Schutzsuchenden verletzen, müssen verhindert werden. Kinder müssen  
296 kindgerecht untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl  
297 grundsätzlich nicht vereinbar.

298 Pushbacks verstoßen gegen europäisches und internationales Recht und müssen  
299 politisch und rechtlich scharf bekämpft werden. Solche Straftaten müssen  
300 Konsequenzen haben, womöglich auch vor deutschen Gerichten. Wer vor dem  
301 Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen  
302 Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in  
303 Europa finden.

304 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der  
305 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration  
306 einzusetzen. Wir wollen alles dafür tun, dass die neue EU-Asylreform nicht nur  
307 Fluchtmigration besser organisiert, sondern auch die Situation von Menschen auf  
308 der Flucht nach Europa nicht verschlechtert, sondern verbessert wird.

309 Mit dieser klaren Haltung und klaren Kriterien werden wir die beschlossenen  
310 Rechtsakte der EU-Asylreform, wie jedes Recht, umsetzen.

311 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der  
312 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der  
313 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen  
314 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang  
315 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

316 Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen bereits, sich durch nationale Alleingänge  
317 aus dem europäischen Konsens zu verabschieden oder das Asylrecht auszulagern.  
318 Wir kämpfen politisch für Verbesserungen und gegen eine Erosion des EU-Rechts.  
319 Leid und Chaos setzen wir Humanität, Ordnung und einen rechtsstaatlichen Umgang  
320 mit Fluchtmigration entgegen. Wir wollen eine solidarische und faire Verteilung  
321 von Schutzsuchenden in Europa.

322 Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau  
323 angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder  
324 Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse  
325 vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen oder Menschen  
326 mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei  
327 der Registrierung ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der  
328 Vulnerabilität von geschultem Fachpersonal durchgeführt wird.

329 Schon jetzt sollte von den zuständigen Mitgliedstaaten eine systematische und  
330 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden und  
331 Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren Bedingungen oder unverhältnismäßigen

332 Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Außerdem dürfen Menschen  
333 nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz  
334 muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von Kindern  
335 ausgeschlossen wird. Kinder sollen grundsätzlich immer außerhalb geschlossener  
336 Einrichtungen und unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht  
337 werden. Dabei sind für uns die Forderungen der Kinderrechtsorganisationen  
338 zentral.

339 Im Gegenzug zur Registrierung sollte den Außengrenzstaaten Unterstützung bei der  
340 Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so werden wir dauerhaft eine  
341 bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen  
342 sicherstellen können. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten  
343 eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr machen. Eine  
344 Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin  
345 unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen  
346 EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das  
347 Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So  
348 könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos  
349 an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der  
350 Rechtslage notwendig.

351 Bei der Umsetzung der GEAS-Reform werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten  
352 dafür einsetzen, dass Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren  
353 möglichst umfassend gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen  
354 Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. Dazu zählt auch, dass die Einstufung  
355 von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten weiterhin nur  
356 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten  
357 Kriterien getroffen werden darf.

358 Die Menschenrechtssituation an den Grenzen und bei den Asylverfahren muss engmaschig  
359 überwacht werden, besonders um vulnerable Gruppen zu schützen. Wir wollen  
360 sicherstellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und  
361 menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten werden.

362 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe -  
363 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins  
364 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für  
365 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen  
366 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden  
367 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus zu verhindern. Die  
368 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert  
369 werden, lehnen wir ab. Auch an der belarussischen Grenze verstoßen Pushbacks und  
370 die entwürdigende Behandlung von Geflüchteten gegen europäisches und  
371 internationales Recht. Wir werden auch die guten Beziehungen zu unseren  
372 europäischen Partnern nutzen, um Instrumentalisierung und Pushbacks  
373 entgegenzuwirken.

374 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die  
375 zunehmend von europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen  
376 wir Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich  
377 nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze  
378 konsequent und zeitnah beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung  
379 vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen



380 Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale  
381 Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher  
382 Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische  
383 Unterstützung. Statt auf Abschottung und Frontex-unterstützte Pullbacks im  
384 Mittelmeer wie durch die libysche Küstenwache, setzen wir auf eine staatlich  
385 koordinierte EU-Seenotrettung und die Unterstützung von zivilen  
386 Seenotrettungsorganisationen.

#### 387 4. Säule: Asylrecht verteidigen

388 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und  
389 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört  
390 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen  
391 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht  
392 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden  
393 und werden können.

394 Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und die gesellschaftliche Akzeptanz zu  
395 stärken, müssen Aufnahme von Schutzbedürftigen, Steuerung und Ordnung von  
396 Migration, wirksame Integration sowie sichere Rückkehr bei abgelehnten  
397 Aslygesuchen zusammengedacht und durchgesetzt werden. Wir wollen Kapazitäten  
398 aufbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen schaffen.  
399 Wir treten dafür ein, dass die Möglichkeiten vor Ort überall wieder der  
400 Herausforderung entsprechen. Ziel ist es, dass diese Menschen in ihren  
401 Heimatländern eine sichere Perspektive haben und nicht auf der Suche nach einem  
402 besseren Leben ihr Land verlassen müssen. Eine Obergrenze ist weder machbar noch  
403 rechtens oder human.

404 Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,  
405 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene  
406 Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten  
407 Verfahrens. Staaten, in denen marginalisierte Gruppen wie queere Menschen  
408 systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher. Die Situation in eingestuftem  
409 Ländern muss fortlaufend beobachtet und Änderungen berücksichtigt werden.

410 Aus dem Genozid an den Jesid\*innen durch den sogenannten „Islamischen Staat“  
411 erwächst eine besondere Verantwortung. Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak  
412 stellen wir uns darum konsequent entgegen. Wir stehen solidarisch an der Seite  
413 aller Menschen, die weltweit für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir  
414 fordern die Innenministerkonferenz (IMK) auf, dass der Abschiebestopp nach Iran  
415 verlängert wird. Wir treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug  
416 wieder aufzuheben.

417 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und  
418 Resettlement, wie mit dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Für Ortskräfte und  
419 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler\*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,  
420 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch von  
421 den Botschaften erteilt werden. Programme wie diese wollen wir aus unserer  
422 humanitären Pflicht fort- und umsetzen. Wir wollen sichere Fluchtwege aus  
423 Krisenregionen - auch im Nahen Osten. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl.

## 424 5. Säule: Integration in Deutschland ermöglichen

425 Damit die Geschichte unseres Einwanderungslandes erfolgreich fortgeschrieben  
426 wird, wollen wir politisch Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig gewährt  
427 Deutschland Schutzbedürftigen Schutz. Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die  
428 Aufnahme von Schutzbedürftigen sind grundsätzlich getrennt zu betrachten, denn  
429 sie folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
430 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
431 Verpflichtungen.

432 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und  
433 den Ländern. Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
434 der  
435 Länder, in denen Geflüchtete möglichst nicht länger als drei Monate  
436 untergebracht sein sollen und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Die  
437 dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten  
438 nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle  
439 Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.

440 Wir treten für ein ausreichendes Angebot an ausfinanzierten Sprachkursen ein,  
441 die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt  
442 sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Frauen mit  
443 Kindern, die beim Spracherwerb statistisch deutlich benachteiligt sind.  
444 Der Zugang zum Bildungssystem und in die Arbeitswelt muss durch ausreichend  
445 Mittel und  
446 Personal sichergestellt sein. Bessere Integration wird nur gelingen, wenn  
447 Integrationsmaßnahmen auch besser finanziert sind. Die Unterstützung von Eltern  
448 und insbesondere Müttern bei der Kinderbetreuung ist zentral für gelingende  
449 Integration - beispielsweise bei Sprachkursen.

450 Der Umgang mit Migration und Integration ist eine Aufgabe, die dauerhafte  
451 Strukturen braucht.

452 Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer wieder Jahre  
453 geben, in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger Menschen  
454 kommen.

455 Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese Dynamiken gerüstet  
456 sein. Die Ampel-Regierung hatte sich vorgenommen, 400.000 Wohnungen im Jahr zu  
457 bauen. Wir treten dafür ein, dass das auch endlich Praxis wird und damit auch  
458 der Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich angegangen wird. Die ausreichende  
459 Finanzierung von Zivilgesellschaft und staatlicher Infrastruktur wie Gerichten  
460 oder Behörden ist eine der Voraussetzungen für gelingende Integration. Eine  
461 stärkere und dauerhafte Finanzierung der Unterbringung und Versorgung in unseren  
462 Kommunen, die einen zentralen Teil der Integration leisten, sollte von Bund und  
463 Ländern durch einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen geregelt sein.

464 Wir stehen für soziale Teilhabe. Damit alle Menschen am Leben in unserer  
465 Gesellschaft teilhaben und Integration gelingen kann, müssen hierfür auch die  
466 Voraussetzungen geschaffen werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht darauf  
467 abzielen, das Leben von Geflüchteten zu erschweren, sondern die Integration zu  
468 vereinfachen. Maßnahmen wie eine Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet werden,  
469 dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglicht - das haben wir in  
470 Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze.

471 Auch das EU-Recht legt fest, dass eine Leistungskürzung bei Dublin-Fällen in  
472 Deutschland nur dann erfolgen darf, wenn es den betroffenen Personen tatsächlich  
473 und rechtlich möglich ist, in einen anderen zuständigen EU-Mitgliedstaat zu  
474 gelangen und dort auch faktisch Zugang zu Leistungen besteht. Es muss immer  
475 sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das Existenzminimum erfolgt.  
476 "Bett, Brot, Seife" ist für uns keine Leitlinie. Stattdessen wollen wir die  
477 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen: Jeder Mensch hat ein  
478 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die  
479 Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

480 Unser Ziel ist es, mehr Planbarkeit für die Kommunen zu schaffen. Wir setzen uns  
481 für rechtssichere, möglichst zügige und faire Verfahren ein, um damit Klarheit  
482 für Betroffene und Kommunen zu schaffen - unabhängig davon, aus welcher Region  
483 die Antragstellenden kommen. In der Bundesregierung haben wir uns für eine  
484 bessere Arbeitsmarktintegration und langfristige Bleibeperspektiven für  
485 berufstätige Schutzsuchende eingesetzt: Wir haben die Möglichkeit eines  
486 Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen und  
487 mit dem Chancenaufenthaltsgesetz sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen  
488 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben die Beschäftigungsduldung deutlich  
489 erweitert, Arbeitsverbote gelockert und eine Genehmigungsfiktion bei  
490 Beschäftigungserlaubnissen auf den Weg gebracht, um die Verfahren stark zu  
491 beschleunigen. Damit sind wir bereits wichtige Schritte gegangen. Wir wollen,  
492 dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.  
493 Außerdem soll  
494 im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine  
495 Ausbildung machen oder studieren, eine langfristige Bleibeperspektive bekommen,  
496 statt abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir Kapazitäten in den  
497 Ausländerbehörden, damit Rückführungen nicht die Falschen treffen. Es reicht  
498 nicht, Menschen Schutz zu bieten. Wir müssen Perspektiven und Teilhabe  
499 ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden können -  
500 bis hin zur Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht  
501 entzogen werden.

## 502 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 503 **Bereichen**

504 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet im  
505 Kern, geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht  
506 zu ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt  
507 aber eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene  
508 EU-  
509 Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der  
510 vorgeschriebenen Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und rechtsstaatlicher  
511 Kontrolle der Außengrenzen werden tausendfach Pushbacks durchgeführt. Statt  
512 Asylsuchenden ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen  
513 dafür, dass Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich  
514 weiterziehen müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission  
515 unter Ursula von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin  
516 der Verträge für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist.  
517 Vertragsverletzungsverfahren zur Durchsetzung des Rechts werden allzu oft nicht  
518 angestoßen, obwohl Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte bei

519 fortlaufender Untätigkeit der EU-Kommission die Bundesregierung selbst ihre  
520 Möglichkeit nutzen, Vertragsverletzungsverfahren anzustoßen.  
521 Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben  
522 und sich die Verteilung verbessert.

523 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass nicht jeder, der nach Deutschland  
524 kommt, bleiben kann. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und  
525 aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel  
526 kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse  
527 entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Hier stehen wir zum Vorrang der  
528 freiwilligen Ausreise. Die Rückkehrberatung sollte gestärkt und von pädagogisch  
529 geschultem Personal durchgeführt werden. Denn wer ohne eine Perspektive oder  
530 Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als  
531 viele denken. Kettenabschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende  
532 ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in Staaten außerhalb der EU abgeschoben  
533 werden.

534 Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei  
535 denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Dabei muss  
536 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang  
537 mit Geflüchteten respektieren. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete  
538 verbieten sich. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von  
539 Gerichten überprüft wurden. Damit sollen auch rechtswidrige Abschiebungen  
540 verhindert werden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie in Syrien oder den  
541 Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen  
542 politisch legitimieren.

543

544 Doch besonders bei Menschen, die schwere Straftaten begangen haben oder  
545 Gefährder sind, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Ausreisepflichtige, die  
546 schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär  
547 zurückgeführt werden. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um  
548 zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.